

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

30.03.2009

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 41. Sitzung
der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 30. März 2009

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 23:20 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend :

- Jost Aé
- Dr. Ullrich Bittner
- Dr. Ralf Döring
- Rita Duschek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Marion Heinrich
- Kerstin Hochheim
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Wolfgang Jochens
- Dr. Jörn Kasbohm
- Dr. Andreas Kerath
- Christian Kruse
- Hinrich Kuessner
- Dr. Luer Kühne
- Marian Kummerow
- Christa Landmesser
- Egbert Liskow
- Karin Müller
- Peter Multhauf
- Rainer Mutke
- Sebastian Ratjen
- Dr. Gustav Seils
- Birgit Socher
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Michael Steiger
- Ulla Tesmer
- Mechthild Thonack
- Christiane Walther
- Wilfried Zink

Entschuldigt :

- Dr. Gerhard Bartels
- Rudi Duschek
- Matthias Horn
- Edwin Hübner
- Renate Kliefoth
- Jürgen Liedtke
- Dr. Thomas Meyer
- Thomas Mundt
- Olaf Schmidt
- Bernd Uhlig

Unentschuldigt : Markus Jülich

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Maßnahmebericht zur Arbeit der ARGE
Geschäftsführer, Herr Bartels
5. **Diskussion von Beschlussvorlagen**
- 5.1. Errichtung eines Denkmals für Caspar David Friedrich in der Lappstraße B574-41/09
interfraktioneller Antrag
- 5.2. Gentechnikfreie Region Greifswald B575-41/09
Grüne/oK
- 5.3. Kündigung des Gesellschaftsvertrages der Theater Vorpommern GmbH B576-41/09
Dez. III
- 5.4. Volksbefragung zur Kreisgebietsreform in Greifswald
Gruppe der FDP
- 5.5. Bestellung der Vertretung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in B579-41/09
den Vorstand des Pommerschen Landesmuseums - Stiftung bürgerlichen
Rechts
Dez. I
- 5.6. Verwaltungsvereinbarung zum Konjunkturpaket II B580-41/09
Oberbürgermeister
- 5.7. Konjunkturpaket I und II B581-41/09
Oberbürgermeister
- 5.8. Aufforderung an die Verwaltung, mit den freien Trägern von Kinderta- B577-41/09
geseinrichtungen in Verhandlungen zum Abschluss von Leistungs- und
Qualitätsentwicklungsvereinbarungen einzutreten
Jugendhilfeausschuss
- 5.9. Festlegung zur Personalbedarfsermittlung für die Verhandlungen zum B578-41/09
Abschluss von
Leistungs-, Qualitätsentwicklungs- und Entgeltvereinbarungen mit Freien
Trägern von Kindertageseinrichtungen für das Haushaltsjahr 2009
Jugendhilfeausschuss
- 5.10. Arbeitsauftrag zur Neufassung der Abfallgebührensatzung gemäß der AG
Abfallbeseitigung
Grüne/oK
- 5.11. Aufnahme von Verhandlungen zum Wohngebiet Riems
Ortsteilvertretung
- 5.12. 1. Änderung der Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
über die Erhebung von Beiträgen für den Bau von Straßen, Wegen und
Plätzen
(Straßenausbaubeitragssatzung)
Dez. II, Amt 60
- 5.13. Beschluss über die Festlegung eines Fördergebietes zum neuen Städte-
bauförderprogramm "Aktive Ortsteilzentren"
Dez. II, Amt 60
- 5.14. Verwaltungsbericht 2008
Oberbürgermeister
6. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
7. Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
8. Mitteilungen des Präsidenten
9. Bestätigung der Niederschrift vom 23.02.2009
10. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit 28 anwesenden Mitgliedern der Bürgerschaft zu Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist die Bürgerschaft beschlussfähig.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König, und die beiden Stellvertreter, Herr Arenskrieger und Herr Dembski, sind anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Liskow bittet die Mitglieder der Bürgerschaft, unter Tagesordnungspunkt 5.3 den Einbringer in Senator Dembski zu ändern.

Außerdem wurde zu Beginn der Sitzung ein Änderungsantrag der Gruppe der FDP zum Tagesordnungspunkt 5.3 ausgereicht.

Da keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung gestellt werden, lässt der Präsident über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme bestätigt

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Vertreter der Kindertagesstätten rollen einen Wasserball zurück an die Bürgerschaft, um symbolisch den Ball zu Verhandlungen mit den Freien Trägern an die Bürgerschaft zurück zu geben.

**Zu TOP: 4 Maßnahmebericht zur Arbeit der ARGE
Geschäftsführer, Herr Bartels**

Der Geschäftsführer der ARGE, Herr Bartel, gibt anhand einer Präsentation einen Maßnahmebericht zur Arbeit der ARGE 2008.

Schwerpunkte dieses Berichts:

- Entwicklung der Arbeitslosigkeit
- Entwicklung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen
- Entwicklung des Kundenkontaktes

Ergebnisse:

- Senkung passiver Leistungen um 6,3 %
- Senkung Kosten der Unterkunft um 5,1 %
- 1.612 Integrationen gesamt
- davon 453 Integrationen mit Personen unter 25 Jahren
- Städte vorwiegend in Ostdeutschland mit schlechter Arbeitsmarktlage und sehr hohem Anteil an Langzeitarbeitslosen
- passive Leistungen Platz 5
- Integrationen Platz 7
- Integrationen U25 Platz 8
- **Einrichtung der Erst- und Auswegsberatung seit Juni**
 - Neuanträge
 - sofortige Beratung und Vermittlung
 - Profiling
 - wenn möglich Sofortangebot

- **Einrichtung einer Personal-Service-Agentur seit September**
 - für Jugendliche unter 25 Jahre
 - Beschäftigungszielgröße 30
 - Integrationsquote 40 %
 - Verleiherquote 50 %

Schwachpunkte:

- nur eine Integration durch Beschäftigungszuschuss nach § 16 a/e SGB II
- Vermittlungsreserven bei Vermittlung aus 2. Arbeitsmarkt
- Personal-Service-Agentur zu spät gestartet, Ergebnisse erst seit Nov./Dez. spürbar
- kein Fall Kommunal-Kombi
- unzureichende Personalausstattung im vermittlerischen Bereich

Ziele 2009:

- Senkung passive Leistungen um 2,6 %
- Steigerung der Integrationsquote um 2,7 %
- Zahl der Kunden im Kundenkontakt über 24 Monate soll nicht steigen

Schwerpunkte 2009:

- Stabilisierung und fachliche Qualifizierung der Erst- und Auswegsberatung
- Vermittlung Beschäftigungszuschuss nach § 16 e SGBII in Zusammenarbeit mit dem Unternehmerverband → 30 Integrationen
- Neukonzeption Betreuung und Vermittlung aus 2. Arbeitsmarkt
- Personal-Service-Agentur für über 25-jährige Facharbeiter, die seit mindestens 24 Monaten arbeitslos sind
- 25 Fälle für Kommunal-Kombi avisiert
- Steigerung der Förderung der Weiterbildung

2008 1,16 Mio. € 2009 1,60 Mio. €

(Diese Präsentation liegt in der Kanzlei der Bürgerschaft zur Einsicht vor.)

Der Präsident lässt zwei Nachfragen bzw. Bemerkungen von Herrn Dr. Kühne und Herrn Multhauf zu, auf die Herr Bartel antwortet.

Der Präsident stellt fest, dass inzwischen 31 Mitglieder der Bürgerschaft anwesend sind.

Zu TOP: 5 Diskussion von Beschlussvorlagen

Der Präsident übergibt um 18:40 Uhr die Leitung der Sitzung an die Vizepräsidentin, Frau Socher.

Zu TOP: 5.1 Errichtung eines Denkmals für Caspar David Friedrich in der Lappstraße B574-41/09

Herr Mutke, Vorsitzender des Wirtschafts- und Kulturausschusses bringt die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor.

Im Rahmen der Diskussion begrüßt Herr Dr. Seils für die SPD-Fraktion die Initiative und schlägt als neuen würdigeren Standpunkt den Eingangsbereich zur Klosterruine vor. Für bedenklich hält er, ein so öffentliches Denkmal auf einem privaten Grundstück zu errichten. Auch hält er den Hinterhof eines Grundstückes für nicht so würdig.

Wenn man schon einen Spendenaufruf startet, könne man die Bevölkerung gleich mitbefragen, wo die Bürger denn dieses Denkmal gerne errichtet hätten.

Herr Mutke weist noch einmal darauf hin, dass die Diskussion schon jahrelang geführt wird und gibt zu bedenken, dieses Vorhaben nicht zu stoppen, zumal

diese Initiative den städtischen Haushalt nicht belastet. Sollte das Denkmal an dieser Stelle errichtet werden, heißt es ja nicht, dass es zukünftig nicht noch andere Varianten und Standorte geben kann.

Der Oberbürgermeister bemerkt an dieser Stelle, dass in Greifswald viel zur Würdigung und zur Ehrung von Caspar David Friedrich unternommen wurde:

- Caspar-David-Friedrich-Bildweg,
- Caspar-David-Friedrich-Institut,
- Caspar-David-Friedrich-Preis,
- Caspar-David-Friedrich-Zentrum und

geplant ist die Erweiterung des Pommerschen Landesmuseums durch ein Caspar-David-Friedrich-Museum:

Sollte sich die Bürgerschaft für dieses Denkmal entscheiden, sollte man nicht im nächsten Jahr an anderer Stelle noch ein Denkmal errichten. Das hält der Oberbürgermeister nicht für sinnvoll.

Auch Herr Kuessner unterstreicht, dass in Greifswald ganz viel für Caspar David Friedrich gemacht wird. Er hält nicht viel davon, zusätzlich noch ein Denkmal zu errichten. Er meint, dass es nicht machbar ist, zu Spenden aufzurufen, wenn das Denkmal dann in privaten Besitz übergeht. Sollte es anders sein, bittet Herr Kuessner um Erklärung.

Herr Multhauf lässt zur Untermauerung seiner Ausführungen einige Minuten eines Videos, ein Film des NDR über Caspar David Friedrich ablaufen.

Unbestritten sind die Leistungen von Caspar David Friedrich für Greifswald und Herr Multhauf ergänzt die Aufzählung des Oberbürgermeisters, dass Greifswald auch wieder eine Caspar-David-Friedrich-Schule hat.

Er erinnert, dass die Bürgerschaft einen Beschluss gefasst hat, ein Caspar-David-Friedrich-Denkmal zu errichten.

Jetzt besteht die Chance, das Caspar-David-Friedrich-Denkmal zu errichten und diese Chance sollte nicht vertan werden.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Hochschild, dass der vorgelegte Antrag zur Errichtung des Caspar-David-Friedrich-Denkmal und die Helmut-Maletzke-Stiftung unterstützt wird. Bereits vor einer Woche wurde die erste Spende in Höhe von 600 € übergeben.

Auch Herr Ratjen spricht sich im Namen der Gruppe der FDP für die Errichtung des Denkmals aus. Er geht auch davon aus, dass das Problem mit den dort befindlichen Müllcontainern gelöst werden kann.

Für Herrn Aé war die Situation, dass ein Videofilm gezeigt wurde, einmalig und merkwürdig. Auch das Problem, dass das Denkmal auf einem Privatgrundstück errichtet werden soll, muss rechtlich geprüft werden.

Herr Aé empfindet es als unredlich, wenn die Bürgerschaft für ein privates Denkmal zu Spenden aufruft. Das muss die Stiftung schon selbst tun.

Auch Frau Tesmer sieht es als Problem, dass man auf einem Privatgrundstück das Caspar-David-Friedrich-Denkmal errichten will. Das Denkmal ist gut, auch wenn es in der Stadt steht. Vielleicht sollte dieses Stückchen Grundstück der Stadt übertragen werden.

Zur Sache möchte Herr Liskow nicht sprechen, weil es eine Initiative von Bürgerschaftsmitgliedern ist. Das Denkmal bleibt Eigentum der Helmut-Maletzke-Stiftung. Das wird vertraglich geregelt. Es geht hier um eine Sache des Pommerschen Künstlerbundes und Herr Liskow war auf Anfrage von Herrn Maletzke be-

reit, das Grundstück zur Verfügung zu stellen, damit der Platz und das Bild vervollkommen wird.

Herr Hochschild bringt seine Verwunderung über die Wortbeiträge zum Ausdruck. Er warnt davon, dieses positive Anliegen einer privaten Stiftung zu zerreden.

Herr Multhauf bezeichnet die Diskussion als Spiegelbild dessen, was seit Jahren in dieser Stadt passiert, dass nur geredet wird und nichts passiert. Jetzt besteht die Chance, das Denkmal zu realisieren. Herr Multhauf hebt hervor, dass diese Stelle in der Lappstraße zwischen Dom und Rathaus sehr wohl ein touristischer Anziehungspunkt ist. Ganz nebenbei erwähnt er, dass es eine Spendenbescheinigung geben wird und zwar von der Helmut-Maletzke-Stiftung.

Dass die Diskussion so ausgedehnt wurde, liegt an der fehlenden Klarstellung, meint Herr Dr. Kühne. Der Standort ist gut. Er denkt aber, dass dem Beschluss text hinzugefügt werden sollte, dass das Umfeld entsprechend zu gestalten ist.

Gegen diesen Änderungsvorschlag spricht Herr Multhauf, damit der Beschluss endlich gefasst wird und der Errichtung des Caspar-David-Friedrich-Denkmal nichts mehr im Wege steht.

Frau Socher stellt die Beschlussvorlage in unveränderter Form zur Abstimmung.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald begrüßt und würdigt die Initiative von Helmut Maletzke zur Errichtung eines Denkmals für Caspar David Friedrich in der Lappstraße.

Sie ruft alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, Firmen und Institutionen unserer Stadt auf, sich mit Spenden an die gemeinnützige „Helmut - Maletzke - Stiftung“ zum Zweck der Finanzierung des Denkmals zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis: bei 18 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimmen und 6 Stimmenthaltungen beschlossen

Frau Socher stellt fest, dass Herr Liskow an der Abstimmung nicht teilgenommen hat.

Zu TOP: 5.2 Region gentechnikfreier Landwirtschaft Greifswald B575-41/09

Herr Dr. Döring bringt die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor. Im Rahmen seiner Ausführungen bittet er darum, den Beratungsgegenstand umzuformulieren in „Region gentechnikfreier Landwirtschaft Greifswald“, weil es um den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft geht.

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind zwei Gastredner Pro und Contra aufgrund der Entscheidung im Hauptausschuss eingeladen:

Herr Christof Potthof vom Genetischen Netzwerk und

Herr Dr. Heinrich Cuypers, Projektmanager bei BioCon Valley GmbH.

(Die beiden Redebeiträge Pro und Contra zum Thema liegen in der Kanzlei der Bürgerschaft vor.)

Herr Kuessner teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem vorgelegten Antrag zustimmen wird und er begründet diese Haltung, in der es um die Durchsetzung der

grünen Gentechnik geht.

Der Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Bittner, unterstreicht noch einmal, dass es mit diesem Beschluss gegen die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen geht. Sie zielt nicht gegen die weiße Gentechnik. Es geht darum, dass im Essen keine Gentechnik eingesetzt wird. Es müssen Schutzräume geschaffen werden.

Im Rahmen der Aussprache stellt Herr Arenskrieger fest, dass diese Beschlussvorlage der Fraktion Grüne/oK bloßen Wahlkampf darstellt, weil sie keinerlei praktische Relevanz hat. Es soll der Eindruck erweckt werden, dass in der Praxis etwas bewegt werden könnte. Ob der Beschluss gefasst wird oder nicht, das hat keine praktische Relevanz.

Für Herrn Spring ist dieses Thema ein bundespolitisches. Er glaubt nicht, dass die Mitglieder der Bürgerschaft nach den Pro- und Contra-Statements schlauer geworden sind. Er glaubt nicht, dass Greifswald dieses Thema lösen wird.

Herr Dr. Bittner übergibt Herrn Arenskrieger eine Unterschriftenliste mit derzeit 445 Unterschriften, die sich für den vorgelegten Beschlussvorschlag aussprechen.

Nach einigen weiteren Wortmeldungen im Rahmen der Diskussion regt Herr Dembski eine getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte der Vorlage an, weil man bei den vier Punkten unterschiedlicher Meinung sein kann.

Daraufhin stellt Herr Dr. Kasbohm den Antrag, die Punkte 1. und 2. im Block abzustimmen und 3. und 4. im Block.

Daraufhin stellt Frau Socher die Punkte 1. und 2. zur Abstimmung.

1. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald strebt an, mit allen landwirtschaftlichen Grundbesitzern und auf dem Gebiet der Stadt tätigen Landwirten den Verzicht auf Einsatz und Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) über das Instrument der freiwilligen Selbstverpflichtung ("Gentechnikfreie Region") zu vereinbaren.
2. Bei Neuverpachtung von landwirtschaftlichen Flächen der Stadt vereinbart die Universitäts- und Hansestadt Greifswald mit den Pächtern einen Verzicht auf Einsatz und Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Bei bestehenden Pachtverträgen wird angestrebt, mit den Pächtern einen entsprechenden Verzicht zu vereinbaren.

Abstimmungsergebnis: bei 18 Ja-Stimmen, 10 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Danach lässt Frau Socher über die Punkte 3. und 4. abstimmen.

3. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald trägt in ihren eigenen Einrichtungen (Kindertagesstätten, Horte, Schulen, kommunale Unternehmen) dafür Sorge, dass nur gentechnikfreie Lebensmittel angeboten werden.
4. Die Garantie von Gentechnikfreiheit wird in die Ausschreibungsbedingungen für die mögliche Vergabe der Kinder- und Schulverpflegung an Cateringunternehmen aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 5.3 Kündigung des Gesellschaftsvertrages der Theater Vorpommern GmbH
B576-41/09**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt die Protokollierung wörtlich auf Antrag der Fraktion die Linke.

Frau Socher:

Ich bitte zunächst Herrn Dembski die Vorlage der Verwaltung einzubringen und im Anschluss daran, die FDP, den Änderungsantrag einzubringen. Zunächst Herr Dembski.

Herr Dembski:

Ja. Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ich weiß, dass das Thema emotional sehr stark besetzt ist. Die Vorlage ist entstanden aus einer Anregung aus dem Hauptausschuss heraus.

Frau Socher:

Kleinen Moment. Ich bitte jetzt erstmal schnell den Augenblick zu warten, bis wieder Ruhe einkehrt. So, Dankeschön und wir können dann fortfahren.

Herr Dembski:

Im letzten Hauptausschuss ist über die Situation Gesellschaftsvertrag Theater und die letzte Gesellschafterversammlung diskutiert worden. Der Hauptausschuss hat dann die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob durch eine Änderung Kündigung des Gesellschaftsvertrages erreicht werden kann, dass in Zukunft sichergestellt ist, dass Greifswald in wichtigen Entscheidungen im Bereich der Vorpommerschen Theater GmbH nicht mehr überstimmt werden kann. Vorab möchte ich sagen, wenn's jetzt über Einzelheiten bezüglich des Intendanten geht und um Einzelheiten bezüglich der Gesellschafterversammlung, müssten wir die Nichtöffentlichkeit herstellen. Wenn da Fragen zu gestellt werden, weil das wär dann eine Personalangelegenheit und das andere wäre einfach nichtöffentlich, da die Gesellschafterversammlung auch nichtöffentlich ist. Auch wenn es über Aufsichtsratsitzungen geht. Was öffentlich ist, ist dass es eine eindeutige Empfehlung des Aufsichtsrates gegeben hat zu der Frage der Verlängerung des Vertrages des Intendanten. Es gab unterschiedliche Auffassungen der jeweiligen Gesellschafter, ob dieser Aufsichtsratsempfehlung zu folgen ist oder nicht zu folgen ist. Greifswald hat sich dafür entschieden der Empfehlung des Aufsichtsrates zu folgen. Es gab dann im Vorfeld auch Diskussionen mit den anderen Gesellschaftern. Wir haben dabei vertreten, dass die Verlängerung des Intendantenvertrages für uns eine so zentrale Frage ist, dass wir meinten, dort dürften wir nicht überstimmt werden, auch wenn der Gesellschaftsvertrag, das räume ich auch ein, das rechtlich zulässt. Andererseits ist es auch bei einer gemeinsamen Gesellschaft, die eine Frage was rechtlich zulässig ist und die andere Frage was man machen sollte für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Es hat dann, weil absehbar war, dass auf einer Gesellschafterversammlung Greifswald überstimmt werden soll, ein informelles Treffen unter den Gesellschaftern gegeben. Also das was von vielen jetzt derzeit gefordert wird, Greifswald soll sich doch bitte mit den anderen beiden Gesellschaftern zusammensetzen und mit ihnen verhandeln, hatte bereits stattgefunden vor der Gesellschafterversammlung, weil wir auch ein großes Interesse haben, dass es gerade nicht zu dem großen Streit kommt, wie er jetzt eingetreten ist, sondern man das in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit dieses Problem beredet und auch löst. Es hat dann auch eine Lösung gegeben, es hat hier ein Treffen stattgefunden, es wurde dann zugesichert, dass sich der kleinste Gesellschafter bei der Frage enthalten wird. Und es wurde dann auch eine gemeinsame Erklärung ausgearbeitet zwischen allen Gesellschaftern zur Zukunft des Theaters. Auf der Gesellschaf-

tersammlung, das ist auch bekannt öffentlich, ist es dann zu einem mehrheitlich gefassten Beschluss gekommen, dass der Vertrag des Intendanten verlängert wird bzw. für eine neue Zeit abgeschlossen wird. Wir waren sehr überrascht durch dieses Verhalten und, das muss ich auch sagen, sehr verärgert, weil es vorher klare Absprachen gegeben hat. Ich habe dazu ausführlich auch im nicht-öffentlichen Hauptausschuss berichtet wie der ganze Ablauf gewesen ist. Wir sind der Meinung, von der Verwaltung und auch im Hauptausschuss mit dieser Empfehlung, dass es in Zukunft, wenn wir sozusagen den Einfluss im Theater behalten wollen, der Vertrag so nicht bleiben kann. Wir empfehlen deshalb die Kündigung des Vertrages. Das kommt ehrlich gesagt nicht überraschend, weil da auch im Vorfeld der Diskussion durchaus schon darüber geredet worden ist und auch klar gemacht worden ist, dass das ggf. die Konsequenz sein soll, wenn man nicht zu einer einheitlichen Lösung kommt, mit dem Auftrag über einen geänderten Gesellschaftsvertrag zu verhandeln. Ziel ist es, das dann kein Gesellschafter mehr überstimmt werden kann, also genauso wir auch nicht mit einem anderen Gesellschafter zusammen Stralsund überstimmen können. Das es eine einheitliche Stimmenabgabe dann geben muss und man sich in solchen Fragen einigen muss. Ganz klares Ziel ist von uns auch, dass wir weiterhin an der Empfehlung des Aufsichtsrates festhalten, also diese Empfehlung unterstützen. Hinter dieser Empfehlung des Aufsichtsrates haben sich auch maßgebliche Teile der Belegschaft gestellt. Wobei man auch deutlich sagen muss, das war nicht sozusagen die Ursache der Empfehlung des Aufsichtsrates, also das sind Sachen, die erst hinterher passiert sind. Der Aufsichtsrat hat aus seiner eigenen Erfahrung heraus, diese Empfehlung vorgenommen. Es gibt jetzt ja einen Änderungsvortrag, ich würde trotzdem bei dem Vorschlag bleiben den Gesellschaftsvertrag zu kündigen, da ich meine, dass Stralsund schon gezeigt werden muss, dass wir es ernst meinen. Es hat intensive Verhandlungen im Vorfeld gegeben. Anscheinend ist das nicht ernst genommen worden, wie sozusagen das auch die Stellung von Greifswald in der Substanz berührt. Also abschließend möchte ich auch deutlich machen, es geht hier nicht um eine Schwächung des Theaters, es geht nicht darum in das Theater Unruhe reinzubringen. Die Unruhe ist massiv im Theater. Uns geht es darum Ruhe im Theater zu schaffen, uns geht es natürlich auch darum den Einfluss von Greifswald auf das Theater weiterhin zu bewahren. Es stehen wichtige Entscheidungen an. Es ist eine ungünstige Situation, das will ich einräumen. Wir stehen unter Druck der Landesregierung. So dass es sicherlich eine bessere Situation gäbe, diese Probleme zwischen den Städten zu lösen. Man muss aber auch ganz deutlich sagen, wir haben jetzt diese Probleme und es nützt auch nichts diese unter den Teppich zu kehren und so zu tun als wenn es nicht da ist. Ich bin der festen Überzeugung, dass es nur einen Weg gibt sozusagen wieder Ruhe ins Theater zu bringen und eine Atmosphäre herzustellen, wo auch die Beschäftigten des Theaters bereit sind und sozusagen auch freudig bereit sind weiter Theater zu machen und das ist mit diesem Weg, wie er von uns vorgeschlagen wird. Dankeschön.

Frau Socher:
Dankeschön.

Herr Hoebel:
Frau Präsidentin, Herr Oberbürgermeister, die FDP unterschreibt fast alles, was hier gesagt worden ist. Das heißt, wir verkennen also nicht, dass hier erhebliche Unruhe ist im Theater und das auch gehandelt werden muss. Aber wir denken, es besteht eine mehrjährige Partnerschaft zwischen Greifswald und zwischen Stralsund. Und ich denke, dass man dem bisherigen Partner zumindest einmal auch nach den Vorkommnissen noch die Hand reichen sollte und mit ihm über die Dinge sprechen sollte und nicht heute Abend hier das Band zerschneiden muss. Wir haben Zeit, die Verwaltung hat Zeit bis zum 30.06. hier eine Verhand-

lungslösung zu erzielen. Diese Verhandlungslösung soll aus unserer Sicht genauso aussehen wie die Verwaltung das vorgeschlagen hat. Das heißt also, dass die Mehrheitsverhältnisse derart umgestaltet werden, dass also zwischen den beiden großen Partnern ein Einvernehmen erzielt werden muss, bei Entscheidung in der Gesellschaft, so wie es vor Eintritt des kleinen Gesellschafters auch der Fall war. Da musste auch immer Einigkeit zwischen den Partnern bestehen. Frau Socher hatte heute bei Herrn Ratjen schon anfragen lassen, was dann mit dem kleinen Partner passiert, der kann seine Rechte aus §22, Sie haben den Vertrag vorliegen, wahrnehmen. Der hat also sogenannte Vetorechte bei essentiellen Entscheidungen, das soll auch so bleiben. Wir denken also, dass die Verwaltung hier noch einmal bis zum 31.05.2009 verhandeln sollte. Sollte noch einmal den Unmut klarmachen, denen ganz klar sagen, dass sie die Position vertreten wird, dass beide Partner gleichberechtigt sein müssen auch für die Zukunft. Das aber heute mit einer Kündigung des Vertrages das falsche Signal aus Greifswald kommt. Die Presse überschlägt sich im Vorfeld. Ich denke Ruhe reinbringen in diese Situation können wir nur, indem wir den Stralsundern noch einmal signalisieren, dass wir auf sie zukommen. Wir haben einen Punkt drei in unseren Antrag aufgeführt, weil wir ein Risiko übersehen haben, auf das die Verwaltung uns auch noch aufmerksam gemacht hat. Ich les' das mal vor, erläutere das kurz. Punkt drei soll also lauten, es ist auch schriftlich fixiert: Eine Kündigung hat sofort zu erfolgen, sofern die übrigen Gesellschafter die Universitäts- und Hansestadt Greifswald erneut gemäß §21 des Gesellschaftervertrages überstimmen. Das heißt also, wenn während dieser Verhandlungsphase die Partner aus Rügen und aus Stralsund sich zusammenfinden sollten erneut eine, ja, einen Beschluss fassen sollten, der an Greifswald vorbei geht, dann soll die Verhandlung abgebrochen werden auch innerhalb des Zeitraums zum 31.05., und dann soll sofort gekündigt werden. Das würden wir gerne ergänzen und ich denke, dass ist eine faire und vernünftige Situation, Lösung wäre. Danke.

Frau Socher:

Okay, ich bedanke mich. So meine Damen und Herren, dann treten wir ein in die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt. Keine Wortmeldungen? Doch! Ich fang mal beim Fraktionsvorsitzenden der SPD an. Bitte Herr Dr. Kerath. Dann Herr Dr. Bittner und dann Herr Multhauf.

Herr Dr. Kerath:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion unterstützt den Vorschlag der Verwaltung. Hervorzuheben sind folgende Punkte:

1. Der Hinweis auf die Vergangenheit. Die bisherige geltende Regelung des Gesellschaftsvertrages sah vor, dass Beschlüsse der Gesellschafterversammlung nur mit einfacher Mehrheit gefasst werden konnte. Dieser Gesellschaftsvertrag basiert aus einem, rührt her aus der Zeit als alleinige Gesellschafter nur Stralsund und Greifswald waren. Durch diese Klausel war sichergestellt, dass der eine den andern nicht in der Gesellschafterversammlung überstimmt, überstimmen konnte. Diese Verhältnisse gilt es wieder herzustellen. Ein Gesellschafter darf in der Gesellschafterversammlung nicht überstimmt werden, bei diesen wichtigen Dingen.

2. Der zweite wesentliche Punkt ist, das Prozedere über das Zusammenbei ... hinsichtlich des Zustandekommens des Gesellschafterbeschlusses über die Weiterbeschäftigung und die Neuverhandlung des Vertrages mit Herrn Nekovar. Ich denke, Herr Dembski hat das ausreichend hier geschildert, das andere kennen Sie ja aus dem Protokoll für den Hauptausschuss. Ich denke die Vorgehensweise der beiden übrigen Gesellschaftern ist nach gerade zwingend für uns oder für zwingend zu uns, dass wir diesen Gesellschaftsvertrag entsprechend der Verwaltungsvorschlag regeln.

3. Wichtig ist auch für die weitere Zukunft des Theaters, auch darauf hat Herr

Dembski zutreffend hingewiesen, dass, die kann nur gewährleistet werden, wenn die Gesellschafter einträchtig miteinander handeln. Und wenn vielleicht im Moment die Situation schwierig ist, dann müssen wir durch die Neuregelung dafür sorgen, dass sie das in Zukunft auch dann tun.

Der letzte Punkt auch zu der Personalie vielleicht nur Folgendes: Der Aufsichtsrat hat sich mit Mehrheit gegen Herrn Nekovar gestellt. Die Mitarbeiter haben sich mit Mehrheit gegen Herrn Nekovar gestellt. Und wenn wir hier und heute diesen Beschluss fassen, erkennt Herr Nekovar vielleicht von selber, dass er von einer Weiterbeschäftigung absieht. Vielen Dank.

Frau Socher:

Als nächstes Herr Dr. Bittner.

Herr Dr. Bittner:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich teile im Prinzip die Bedenken bzw. die Gründe, die zu dieser Vorlage geführt haben. Ich denke auch, dass es eine ziemlich kritische Situation ist, wenn Greifswald in so einer wichtigen Frage als Hauptgesellschafter so einfach, trotz Absprachen, überstimmt werden kann. Aber, und das meine ich also, das ist in dieser Situation sehr kritisch zu sehen, wir haben eine Situation wo das Land die Theaterfinanzierung in Frage stellt, die Mittel sollen eingefroren werden. Das Land fordert eine Neuorganisation der Theaterlandschaft und dann kommt natürlich in so einer Situation unter Umständen die Kündigung eines Gesellschaftervertrages gerade recht. Wir schwächen das Theater in einer Situation, wo das nicht geschwächt werden darf. Ich halte das also für sehr bedenklich. Ich möchte, dass die Gesellschaft trotz dieser Zwistigkeiten, die jetzt aufgetreten sind, sich gemeinsam artikuliert gegenüber dem Land. Nur so kann sie dem Land gegenüber ihre Interessen durchsetzen. Nehmen wir mal an, dieser Beschluss geht durch, wir haben, kommen zu einer Kündigung, was wird denn, wie sieht die Situation aus? Ein Gesellschafter ist überstimmt worden durch zwei andere. Der eine Gesellschafter kündigt den Vertrag und dann besteht dieser Vertrag nicht, die Gesellschafter ist, die Gesellschaft ist quasi in der Schwebel. Und die andern beiden, die jetzt sich durchgesetzt haben gegen den einen Gesellschafter, sollen jetzt einfach einem verschlechterten Gesellschafter in ihren Augen, denn er beschneidet ja ihre Rechte, vorher hatten sie ein Mehrheitsrecht, jetzt müssten sie sozusagen auf dieses Recht verzichten, Bergen müsste insbesondere oder Rügen müsste insbesondere darauf verzichten, weil die überhaupt keine Rechte mehr hätten, außer dieses Vetorecht. Das wäre also eine Verschlechterung dieser Situation. Warum sollte Stralsund und Bergen in dieser Situation darauf eingehen? Nur, ich sage nur, weil wir das ja genauso machen, nur um das Theater zu retten? Wenn wir das Theater richtig retten wollen, dann ist doch diese Diskussion jetzt vielleicht kritisch. Und insbesondere finde ich das kritisch, dass das als Tischvorlage kommt. Das lag uns ja wortwörtlich eigentlich gar nicht vorher vor. Und wir haben jetzt sogar zwei Vorlagen, indem wir jetzt inhaltlich darüber abstimmen sollen. Und das denke ich mir, das wird uns nicht gelingen und es ist auch gar nicht notwendig. Denn wie sieht denn die Beratungsreihenfolge aus? Der Vertrag muss gekündigt werden, wenn ich das richtig sehe, bis zum Ende Mai. Wir haben aber im Mai, am 26., zwar zwischen Himmelfahrt und Pfingsten, aber doch noch mit drei Arbeitstagen dazwischen, haben wir eine Woche Zeit. Also wenn am 26., am 25., ach nicht drei Tage, fünf Tage, wenn wir am 25. die Bürgerschaftssitzung haben und dann die Kündigung beschließen, kommen wir immer noch zu recht zu dem Kündigungstermin. Und wir haben ja gesehen, wie schnell Verträge unter Dach und Fach gebracht werden sollen. Beim KWG-Verkauf, da war ja der Notar scheinbar noch im Hause. Also es geht. Und ich denke mir, in fünf Tagen sollte auch diese Kündigung geschrieben werden und auch fristgemäß den andern Gesellschaftern überstellt zu werden. Also mein Antrag geht, ich will die

Diskussion jetzt nicht abwürgen, geht da hinaus, dass wir nochmal in Ruhe darüber beraten sollten und dass das durch die Ausschüsse gehen sollte, unter Umständen auch eine nichtöffentliche Sondersitzung, wenn es noch mal über Personalien gehen sollte. Wir sollten uns diese Zeit nehmen. Ich möchte nicht, dass wir einen Schnellstoß haben und dann unser Theater riskieren. Dankeschön.

Frau Socher:

Verstehe ich das jetzt als Antrag, das Sie also jetzt beantragen, dass wir die Vorlagen zurück in die, als erste Lesung?

Herr Dr. Bittner:

Ja.

Frau Socher:

Aha. Das verstehe ich jetzt nicht, aber. Also soll in die, also es soll weiter diskutiert werden, aber es gibt trotzdem einen Verweisantrag dann in die Ausschüsse. Am Schluss der Diskussion. Okay. Dann kommt als nächster Redner Herr Multhauf, dann Herr Ratjen.

Herr Multhauf:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Mitarbeiter des Theaters, liebe Freunde des Theaters, ich stehe hier nicht ohne Bewegung und bitte mir zu verzeihen, wenn ich vielleicht irgendwie mal übers Ziel hinausschieße. Das Erste Herr Dr. Bittner, möchte ich Sie nur leicht korrigieren: Der Vertrag kann bis zum 30.06. gekündigt werden. Es ist also noch mehr Zeit als Sie hier heute gesagt haben. Und damit weise ich gleich diese, mit Verlaub gesagt, dilettantische Vorlage zurück. Denn jeder könnte, wenn er es macht, nachlesen, dass selbst, wenn wir zum 30.06. kündigen, das dann erst eintreten würde zum 31.12.2010, siehe §22 (1). Also wo hier der Zeitdruck herkommt ist völlig schleierhaft. Und selbst, wenn Sie hier heute zustimmen, wird der Intendant Anton Nekovar auch noch Ende 2010 Intendant sein, denn so hat es die Gesellschafterversammlung beschlossen. Zweitens, weil Sie sagen Nein Herr Dr. Steffens, Sie als ...

Frau Socher:

Ganz ruhig!

Herr Multhauf:

... Experte und von der SPD, nicht von Ihrer Fraktion, aber von der Universität war noch so ein Überexperte. Als wir den neuen Vertrag abgeschlossen haben, den Gesellschaftervertrag, hat keiner von Ihnen auch nur den leisesten Antrag gestellt, dass man diesen Punkt, die drei Gesellschafter haben gleiche Rechte, der war vorher, dann lag er uns wochenlang vor. Sie große Experten haben sich das angeguckt und haben das mitbestätigt, dass das auch so bleibt und ich finde, dass ist auch nur fair. Warum? Und insofern ist Ihre Darstellung Herr Dembski hier falsch und böse. Ich wiederhole, böse und desinformierend. Denn und ich sage das, weil das ja nicht jeder wissen kann, wenn sich denn angeblich, ... gesagt wir haben, Entschuldigung, bessere Verbindungen zu der Landrätin von Rügen als Sie. Wenn denn der Kreis Rügen sich enthalten hätte, hätte, dann hätte er damit Greifswald zugestimmt. So ist die Vertragslage. Und dann hätten al, hätte also Greifswald, jedenfalls Sie, Sie sind zwar nicht ganz Greifswald, ich gehör ja auch dazu, aber gewonnen und es wäre Stralsund düpiert worden. Wenn Rügen sich enthalten hätte, Stralsund wäre düpiert worden und der Unterscheid zwischen Greifswald und Stralsund besteht unter anderem darin, dass in Stralsund diese Entscheidung die Bürgerschaft an sich gezogen hat. Ich weiß genau, auch der Gesellschafter Stralsund, hätte nicht anders ent-

schieden als die Bürgerschaft. Aber die Bürgerschaft hielt das für so wichtig, dass sie selbst ihrem Oberbürgermeister die Entscheidung abgenommen hat und selbst so entschieden hat. Ein zweites. Ich hab hier einen Brief, ich zitier nur ein Paar Zeilen: Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, ich schätze Sie haben das trotzdem nicht vorliegen, Sie haben von einigen Mitgliedern des Ensembles ein Brief erhalten, der Sie bewegen soll, eine Verlängerung meines Vertrages nicht zuzustimmen. Die Verfasser versuchen mit scharfer Polemik, Unwahrheiten, Halbwahrheiten usw. Gestatten Sie mir, das ich darauf eingehe und mich einlasse. Warum zitier ich das? Dieser Brief stammt vom 26.06.2000 und ist unterschrieben von Herrn Bloch. Ich sag das jetzt mal so, um bitte nicht falsch verstanden zu werden, Herr Dr. Steffens Sie wissen das. Ich bin als Einziger von Anfang an dabei. Ich habe in dieser Zeit drei Intendanten erlebt und drei Geschäftsführer. Den ersten dieser Intendanten, jetzt sag ich das mal so, habe ich mit, ich mit weg gejagt. Auch obwohl uns das einen sechsstelligen Betrag kostete damals in DM, auch Geschäftsführer haben wir, quasi zwangsweise rausgeschmissen. Ich hab, als ich dort angefangen habe und als ich mitgekriegt habe, was da so läuft, gesagt: Deswegen heißt es ja „Theater“.

Aber, es gibt in ganz Deutschland, nach meiner Kenntnis, kein einzigen unumstrittenen Intendanten, kein einzigen. Und ich versteh auch, dass im Theater viele Leute diesen Nekovar lieber von hinten sehen, denn er mischt sich ein. Da war Herr Bloch, den man damals von großen Teilen des Ensembles wegjagen wollte, eine sehr gutmütige Seele. Und ich darf vielleicht mal nur einen Satz zitieren von Herrn Peimann, manchem bekannt:

„Zu der Rolle des Direktors gehören das Nein-Sagen-Können und das Nein-Sagen-Müssen! Einer muss immer sein, dem alle vorwerfen dürfen, er mache immer alles falsch.“

Und natürlich ist Herr Nekovar umstritten. Aber ich sage das so flapsig: Er ist wie kein Intendant vor ihm, ein Kämpfer für die Sache des Theaters. Der reißt sich 24 Stunden am Tag das Gesäß auf und das machen nicht alle. Auch nicht alle ... der 2. Leiter macht das nicht so, sage ich mal vorsichtig.

Nächste Bemerkung noch: Herr König, Dembski, Sie bringen uns mit dieser Vorlage in eine mehr als peinliche Situation, mehr als peinliche Situation, aus der wir nur geprügelt hervorgehen können.

Herr Hoebel, Sie haben das gesagt und hier Sie haben auch darauf hingewiesen. In dieser Situation, so etwas zu veranstalten, weil Sie diesen Herrn Nekovar aus den verschiedensten Gründen nicht mögen. Das ist halbsbrecherisch, das ist halbsbrecherisch und Sie sind wie kleine Kinder, die eine Niederlage nicht ertragen können und jetzt solange arbeiten, bis Sie das wieder ins Gegenteil umkehren können.

Frau Socher:
Bitte an die Zeit halten!

Herr Multhauf:
Und das finde ich ganz problematisch.

Frau Socher:
Bitte an die Zeit halten!

Herr Multhauf:
Ich sag mal bewusst, wir müssen uns noch darüber unterhalten, Herr Oberbürgermeister, Kreiskulturhaus lasse ich jetzt hier bewusst weg, möchte aber einen Gedanken noch sagen, ...

Frau Socher:
raus hab ich gesagt rauslassen.

Herr Multhauf:

..., weil nicht alle das wissen können: Wir haben uns hier einstimmig und wiederholt ausgesprochen für ein Drei-Sparten-Theater und das ist ein harter Kampf gegenüber Schwerin, insbesondere auch gegenüber der verantwortlichen Frau Marps ...

Frau Socher:

1 Minute!

Herr Multhauf:

... gegenüber der verantwortlichen Frau Marps, ich weiß nicht, ob alle das den dringenden Vorschlag des Landesrechnungshofes gelesen haben, der praktisch unser Theater in dieser jetzigen Form zumacht, zumacht.

Und der letzte Gedanke in dem Zusammenhang. Ich zitiere aus einem Schreiben, aus einem Papier, das mit Frau Sadowska und Frau Marps kommen da vor. Dort steht:

„Anderswo kursiert die Idee, dass man innerhalb der Kooperationsräume Schwerpunkte schaffen könnte. Das also z. B. Schauspiel und Tanz in Greifswald residieren, dass Orchester dagegen in Neustrelitz, nur mit gelegentlichen Ausflügen.“

Ich hab mir da drangeschrieben: Wo ist anderswo? und wer ist das?

Frau Socher:

Danke!

Herr Multhauf:

Und ich habe die Angst, Herr Oberbürgermeister, dass Sie, auch Ihre lasche Antwort auf meine Vorhaltungen im Hauptausschuss dazu, macht mir Angst.

Frau Socher:

Peter, bitte!

Herr Multhauf:

... macht mir Angst. Ich jedenfalls bin stolz darauf, dass wir ein solches Theater haben und Sie sind dabei, das zu zerstören.

Frau Socher.

Als nächster Redner Herr Ratjen!

Herr Ratjen:

Herr Präsident, liebe Kollegen, Herr Dr. Bittner, ich kann den Unterschied zwischen Ihrem Antrag und unserem nicht ganz erkennen. Das läuft ja eigentlich in beiden Fällen darauf hinaus, dass wir das Ganze als Entscheidung erst mal in den Mai hinauszögern und jetzt einfach jetzt auch weiter verhandeln. Hab ich das so richtig verstanden?

Frau Socher:

Das war ne Frage. Auf die antwortet Herr Dr. Bittner, wenn er sich das überlegt hat. Ja, können wir so verfahren?

O.K., dann als nächster Redner Herr Dr. Kasbohm, dann Herr Hochschild.

Herr Dr. Kasbohm:

Herr Ratjen, vielleicht darf ich drauf antworten?

Alle, die hier stehen, stehen für das Drei-Sparten-Theater. Alle, die hier stehen, sagen das waren bisher erfolgreiche Jahre. Ich denke mal, da gibt es keinen Widerspruch und das wollen wir auch weiter haben. Und alle die, die die Verwal-

tungsvorlage eingeführt haben, haben immer gesagt: Wir suchen nach Möglichkeiten, Zusammenarbeit weiter zu entwickeln. Unabhängig, ob das notwendig ist, den Gesellschaftsvertrag zu verändern oder nicht. Wenn Sie denn meinen, es ist notwendig, gibt es noch ne ganz andere Lösung, um abzusichern, dass zwischen Stralsund und Greifswald kein Konflikt gibt, in dem nämlich alle drei einstimmig, Beschlüsse zuzustimmen haben. Das hat jahrelang funktioniert zwischen Stralsund und Greifswald. Warum sollte es nicht jetzt auch mit Rügen zusammen funktionieren? Damit haben Sie erst einmal das Problem raus, dass Rügen zurückversetzt wird. Denn auch Rügen möchte wissen, dass Putbus funktionieren kann. Und Sie haben trotzdem abgesichert, dass es immer einstimmige Beschlüsse, wie es vorher auch war, d. h. man muss richtig miteinander arbeiten, dass man zu Beschlüssen kommt. Das ist ein Punkt, wo man sagen würde, bitte schickt das zurück, wie das die Grünen vorgeschlagen haben. Damit man genau das erörtern kann, was bedeutet das, damit wir hier keinen Schnellschuss machen.

Das ist sozusagen der eine wichtige Punkt, den man noch mit einbringen muss. Das gibt ganz andere Denkweisen, wenn man denn meint, das tun zu müssen. Ich lasse alle anderen Punkte bezüglich einer Intendanzbewegung und andere Geschichten alle weg. Hier geht es darum, keine neue Baustellen aufzumachen in einer schwierigen Zeit, wo wir die Sicherung, die Finanzierung des Theaters für die nächsten Jahre sichern müssen.

Frau Socher:

Danke! Dann hab ich Herrn Hoebel, oh Entschuldigung, ich hab Herrn Hochschild übersehen.

O.K., danke!

Herr Hoebel:

Also, ich denke, alle Parteien müssen sich hier einig sein, dass irgendwas passieren muss. Nach dem Motto: Weitermachen und wir ändern nichts, das funktioniert nicht. Dann haben wir auf Dauer den Einfluss in der Gesellschaft verloren. Und Sie, Herr Dr. Kasbohm, wir haben einen Gesellschafter mit 5.7 %, glaube ich. Es ist einfach eine gesellschaftliche Regel, dass dieser Gesellschafter nicht das gleiche Stimmrecht haben kann wie zwei Gesellschafter, die wesentlich mehr Risiko tragen und auch wesentlich mehr in die Gesellschaft investieren. Das kann also nicht sein, dass dieser das gleiche Stimmrecht hat. Dieser Gesellschafter darf nicht untergebuttert werden. Das macht der Gesellschaftsvertrag auch nicht. Er hat in § 22 wichtige Rechte und Pflichten für den kleinen Gesellschafter festgeschrieben. Er kann, Sie haben das Schauspielhaus in Putbus angesprochen, er kann ein Veto einlegen, wenn es an dieses Schauspielhaus geht. Er kann ein Veto einlegen, wenn es um bestimmte Bespielungen geht, das ist möglich. Und die beiden übrigen Gesellschafter die sollten wieder auf die Basis zurückfinden, die vorher bestanden hat. Jahrelang ist dieser Vertrag so konzipiert gewesen, dass beide Parteien, d. h. Greifswald und Stralsund einstimmig beschlossen haben und diesen Zustand wollen wir wieder herstellen, mehr nicht und das geht nur in der Situation, entweder man kündigt sofort oder aber, und das ist unsere favorisierende Lösung, man geht noch mal auf den Partner zu, droht aber gleichzeitig die Kündigung an. Wenn man das nicht macht, dann ist man „zahnloser Tiger“.

Frau Socher:

Herr Hochschild?

Herr Hochschild:

Frau Präsidentin, Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich wollte mich eigentlich ganz kurz fassen, aber es gelingt mir leider nicht nach dem Redebeitrag von Herrn Multhauf.

Herr Multhauf, Sie haben gesagt, wortwörtlich: „Dembskis Aussagen sind böseartig.“ Das ist jetzt ein Zitat. Das haben Sie gesagt. Ich verstehe überhaupt nicht, was an den Aussagen von Herrn Dembski böseartig war. Herr Dembski erfüllte einen Auftrag, einen Auftrag, den wir im Hauptausschuss ihm bei 9 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme erteilt haben. Also, dann verstehe ich auch Ihre nächste Aussage auch nicht. Wortwörtlich, ich zitiere: „Hier können einige Niederlagen nicht vertragen.“ Da ist offensichtlich die Frage: Wer kann denn hier die Niederlage nicht vertragen? Ist es vielleicht Ihre Niederlage im Aufsichtsrat? Wie wir der Presse entnehmen konnten, hat der Aufsichtsrat mit großer Mehrheit, mit sehr großer Mehrheit über Parteigrenzen und Stadtgrenzen hinweg ein ganz klares Votum gefällt, mit dem sich aber wahrscheinlich Herr Multhauf und die PDS nicht anfreunden können.

Frau Socher:
Die Linke.

Herr Hochschild:
Entschuldigung! Die Linke PDS, natürlich.
Ein weiteres, Sie haben vorhin in Ihrem Redebeitrag ein Gutachten erwähnt. Die Vizepräsidentin hat dann versucht, die Kurve zu kriegen und sagt: Peter, halt Dich mal zurück, mit dem Gutachten.
Sie präsentieren in nichtöffentlicher Sitzung ein Gutachten, die dem Rest dieses Hauses überhaupt nicht vorliegen. Sie wedeln hier rum und erklären, Sie haben ein Gutachten und da gibt es dies und jenes und wenn wir dann sagen: Stellen Sie uns doch mal dieses Gutachten zur Verfügung!
Dann nehmen Sie es schnell wieder vom Tisch und sagen: Ne, ne, das geht nicht. Das müssen wir erst mal hinterfragen, ob wir das dürfen.
Sie betreiben hier, Sie und ich sage jetzt: Die Linke, betreibt bei dieser Theatergeschichte ein ganz ganz linkes Spiel. Und die CDU-Fraktion stimmt geschlossen für die Vorlage der Verwaltung, denn wir haben im Hauptausschuss bei 9 zu 1 über Parteigrenzen hinweg, insofern Herr Dr. Bittner, spielen Sie auch kein sauberes Spiel, denn Sie haben Herrn Dembski ja auch beauftragt, genau in diese Richtung eine Vorlage zu erarbeiten und tun jetzt so, als wenn das alles in der Öffentlichkeit ... Das ist nicht in Ordnung.

Frau Socher:
Da kannte er die Vorlage noch nicht. Das müssen wir auch der Fairness halber sagen. Die Vorlage, die jetzt vorliegt, die Vorlage, die kannten wir nicht.
So. O.K. Jetzt muss ich mal ganz kurz auf mein Zettelchen gucken. Der Oberbürgermeister.

Herr Dr. König, Oberbürgermeister:
Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren,
auch ich melde mich noch mal zu Wort in dieser Angelegenheit, weil ich das noch mal mit Ausdrücklichkeit sagen will. Wir brauchen ein zukunftsfähiges Theater. Das ist auch die Intension des Handelns hier von der Hansestadt Greifswald. Und wenn ich dann höre, dass wir vielleicht, ja, was Herr Multhauf sagt, hochnäsiger oder dass wir weitermachen, das wollen wir nicht. Ich kann es ja sagen, ich war zugegen bei der Entscheidungsfindung des Aufsichtsrates, obwohl ich kein Aufsichtsratsmitglied bin. Es ist ja auch schon gesagt worden, die Entscheidung fiel städteübergreifend, fraktionsübergreifend mit dem bekannten Ergebnis: 7 zu 2. 7, die sich keiner Verlängerung anschließen wollten, 2, die für die Verlängerung waren und 1 Stimmenthaltung gab es.
Dann gab es das Prozedere, was Sie schon geschildert haben, Herr Multhauf.

Ich kann aber nur sagen von dieser Stelle aus, mir ist kein Grund bekannt, kein Grund bekannt von Seiten Bergen oder Stralsund, warum man sich der Aufsichtsratsentscheidung nicht anschließen konnte. Und ich denke, wenn wir über den Tatbestand diskutieren sollen, wenn wir uns verständigen sollen, dann muss man doch wenigstens wissen von einem Partner, wenn er nicht einverstanden ist mit der Aufsichtsratsentscheidung, warum er nicht einverstanden ist. Das kann ich nicht sagen. Wenn Sie es können, Herr Multhauf, dann bitte ich Sie, das auch zu tun. Ich kann es jedenfalls nicht. Worum es mir geht, ist wie gesagt, dass wir die Zukunftsfähigkeit des Theaters erhalten. Ich sehe die Zukunftsfähigkeit auch bei einem „Weiter so!“ in einem schwierigen Fahrwasser. 160 Unterschriften von Mitarbeitern des Theaters und Mitarbeiterinnen, das zeigt wohl, dass es so einfach nicht mit Weitermachen getan ist. Es muss eine Lösung her. Wir schlagen Ihnen eine Lösung vor. Ich denke, diese Lösung ist gangbar. Wir müssen dann sehen, was die anderen beiden Mitgesellschafter machen. Insofern gibt es schon eine gewisse zeitliche Nähe zur Entscheidungsfindung, Herr Dr. Bittner, denn Sie müssen ja bedenken, auch die Bürgerschaften und der Kreistag auf Rügen müssen ja dieser Entscheidung auch noch zustimmen. Sie dürfen nicht nur auf unseren Terminkalender gucken. Wir müssen auch das bedenken, was die anderen beiden Gebietskörperschaften noch vor der Kommunalwahl, wenn es das Ziel ist, das so zu beschließen, wofür ich auch plädiere, dann müssten auch die anderen beiden Gebietskörperschaften noch die Chance haben, ein geänderten Gesellschaftsvertrag zu befinden und darüber eine Entscheidung herbei zu führen. Insofern bitte ich schon, nicht zu vertagen, heute dieses Thema, sondern eine Entscheidungsfindung in dem von uns vorgetragenen Sinne herbeizuführen. Ich denke, das tut dann dem Theater gut.

Frau Socher:

Auf meiner Rednerliste hab ich Herrn Multhauf und Herrn Dr. Steffens.

Zunächst Herr Bittner, danach?

Herr Multhauf, 4 Minuten ist die Redezeit. Ich wollte nur mal daran erinnern.

Herr Multhauf:

Herr Oberbürgermeister, Ihrer Bitte komme ich gerne nach. Eigentlich glaubte ich, schon was dazu gesagt zu haben. Heute Mittag hat Herr Nekovar eine Veranstaltung geleitet, in der, nach meiner Kenntnis zumindest für Mecklenburg-Vorpommern einmalig, das Theater und 3 Schulen dieser Stadt ein Vertrag unterzeichnet haben, in dem sie eine enge Zusammenarbeit auf den verschiedensten Feldern beurkundet haben. Ich weigere mich jetzt, alle die Argumente für Nekovar vorzubringen. Sie und dieser Aufsichtsrat, und da war ich tatsächlich auch in der Minderheit, hat den Intendanten zu den Vorwürfen, die da vorgebracht wurden, nicht mal angehört. Das nenne ich einfach unfair. Und Herr Vorsitzender, ich war bei der Gesellschafterversammlung nicht dabei, hab auch kein Stimmrecht, also konnte ich überhaupt nichts drehen, selbst, wenn ich wollte oder nicht wollte. Und einen Gedanken möchte ich noch einbringen, deswegen melde ich mich besonders und sage noch mal, Herr Dembski, das ist unsauber, was Sie hier machen. Sie haben sich dazu herreißen lassen, für dieses 4-Buchstaben-Blatt, zu posieren und dort steht: Greifswalds Kultursenator, Ulf Dembski, 46, er will den umstrittenen Intendanten endlich loswerden. Das ist die ganze Intension dessen. Und wenn Sie und der Oberbürgermeister aus Gründen, die ich jetzt hier nicht alle nenne, Herr Dr. König, aber wir kommen noch mal dazu an anderer Stelle und das mache ich erst noch mal nichtöffentlich, warum Sie diesen Mann loswerden wollen. Sie sagen, Sie fühlen sich hintergangen und das nehme ich Ihnen richtig übel, hintergangen. Das ist eine falsche Darstellung. Sie wollen Nekovar loswerden. Stralsund, die Bürgerschaft will ihn behalten. Der Unterschied ist, 5 Jahre verlängern und Sie wollen ihn rausschmeißen. Nichts davon ist eingetreten, sondern die Gesellschafterversammlung hat be-

geschlossen. Der richtige Kompromiss wäre, wie wir das damals auch mit Herrn Bloch gemacht haben, 2 1/2 Jahre oder 3 Jahre. Die Gesellschafterversammlung, die Sie überstimmt hat, hat gesagt: 2 Jahre. Und das halte ich für einen sehr guten Kompromiss. Damit müssten eigentlich die Leute, die den Nekovar weghaben wollen, und da gibt es natürlich auch im Theater einige, ich lass mal diese 160-er-Liste weg, ich hab sie noch nicht gesehen, und wie die zustande gekommen ist, unterhalten wir uns noch mal. Ich würde sie gern mal sehen. Ich denke, diese ganze Geschichte endet nicht hier in der Bürgerschaft. Also 2 Jahre sind doch ein Kompromiss. Und nicht: die haben sich gegen Sie durchgesetzt. Stralsund wollte um 5 Jahre verlängern und sie haben zugestimmt, 2 Jahre. Da muss man doch respektieren, Stralsund ist - König, Dembski - entgegengekommen und das sollte man anerkennen.

Frau Socher:

Dankeschön! Als nächster ... Mensch, Herr Hochschild, was soll denn das jetzt. Ich muss Sie mal ermahnen. Nein, nein, ja, hab ich ja, bitte! Ganz ruhig jetzt hier, man. So, ganz ruhig, Herr Dr. Steffens ist dran.

Herr Dr. Steffens:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen, ich möchte mal etwas klarstellen. Was im Aufsichtsrat passiert ist, ist eine vollkommene Normalität gewesen. Wir haben vor 5 Jahren einen Intendanten eingestellt, der einen 5-Jahresvertrag erhalten hat. Und, dass dieser Vertrag, ein befristeter Vertrag, irgendwann ausläuft, ist eben normal. Und jetzt stellt sich die Frage. Ob man diesen, mit diesem Intendanten in Zukunft weiterarbeitet. Nicht mehr. Es geht nicht darum, jemanden rauszuschmeißen, sondern es geht darum, ob ein Vertrag verlängert auf weitere 5 Jahre oder wie viel Jahre geschlossen wird. Das ist zunächst mal der Umstand. Und bei dieser Frage hat sich das Gremium, was das Theater am meisten begleitet, und das ist nun mal der Aufsichtsrat, dafür ausgesprochen, über die Stadtgrenzen, über die Parteigrenzen hinaus, ganz klar: Nein, wir wollen den Vertrag nicht verlängern. Und auch zu dem Hinweis, wir wissen, dass wir in 'ner schwierigen Situation sind, das Land drängt, will uns zu Entscheidungen drängen, die auch die anderen Theater noch nicht dem Land entsprochen haben, aber wir sind auch nicht führungslos. Der Intendantenvertrag läuft noch bis Mitte 2010. Das würde also vollkommen ausreichen, um über diese Frage, wie das Land mit uns, mit den Mitteln weitergeht. Wenn er seine Aufgabe vertragsgemäß erfüllt, kann er auch weiterhin das Theater in dieser wichtigen Frage vertreten. Und das muss man auch von jemandem erwarten können, der ein solches Amt übernommen hat. So. Dieser normale Intendantenwechsel ist jetzt, und das ist eben das absolute Novum, und da konnten einige anscheinend nicht, wie Sie gesagt haben, eine Niederlage ertragen, denn, was dort passiert ist, wir haben's noch im Aufsichtsrat gehört, Herr Multhauf, warten wir mal ab, ob die Gesellschafterversammlung nicht ein anderes Votum abgibt. Dann ist in Stralsund vehement auf Mitglieder der Bürgerschaft eingewirkt worden. Und ich behaupte das hier ganz fest, die mit Sicherheit nicht so nahe an den Umständen und den Mitarbeitern des Theaters stehen wie wir, die das jahrelang im Aufsichtsrat begleitet haben. Und dort hat man dann den Mitgliedern der Bürgerschaft was gesagt und hat dann ne Mehrheit zusammen gekriegt. Dass die Bürgerschaft und wie die Bürgerschaft dann instrumentalisiert worden war, zeigt nämlich, ich weiß nicht, ob Ihnen das bewusst ist, das ist noch ein einen zweiten Antrag in der Bürgerschaft gab. Und zwar sollten die Mitglieder aus Stralsund des Aufsichtsrates sollten wegen pflichtwidrigen Verhaltens abberufen werden. Pflichtwidriges Verhalten, dass jemand frei im Aufsichtsrat in einer so entscheidenden Frage, wie der Frage des Intendanten, sich für „Ja“ oder „Nein“ entscheiden sollte. Dieser Antrag ist mit 20 zu 20 abgelehnt worden. Immerhin haben sich 20 Mitglieder der Bürgerschaft für so einen

nicht nachvollziehbaren Antrag gefunden. Und daran sieht man auch, wie dort in Stralsund gearbeitet worden ist, von welchen, die die Niederlage nicht erleiden konnten. Da gebe ich Ihnen recht, aber Sie verwechseln da was.

Und dann muss ich aber auch einmal ganz klar etwas sagen: Von Anfang an haben Sie, Herr Multhauf, diese Liste der mutigen Mitarbeiter, die Angst haben um ihren Arbeitsplatz, die den Mut gefunden haben, in dieser Situation sich hinter den Beschluss des Aufsichtsrates zu stellen, von Anfang an haben Sie versucht und auch heute noch, diese Liste und diesen Mut der Mitarbeiter irgendwie kaputt zu reden. Und ich will nicht wissen, wenn Ihnen diese Liste in den Kram passen würde, wie Sie sonst immer angeblich Ihre Arbeitnehmerinteressen vertreten, wenn Ihnen das in den Kram passen würde, würden Sie hier jederzeit sagen: Über eine solche Liste darf man sich nicht hinwegsetzen, das können wir den Mitarbeitern nicht antun.

Und was machen Sie? Jetzt wo es Ihnen nicht passt, kommen Sie an und tun so, als wenn von den über 160 oder von den 160 Mitarbeitern, die dort den Mut gefunden haben, zu unterschreiben, tun Sie so, als wenn die so dumm wären, um sich hinter irgendeine Idee oder Vorgabe zu stellen. Die Leute haben Angst und deshalb haben Sie und auch kaum einer die Liste gesehen.

Die Gesellschafter haben die Liste gesehen, ne die Gesellschafter haben die Beglaubigung des Rechtsanwaltes aus Stralsund gesehen. Ich hab die Liste gesehen. Ich habe auch allen Mitarbeitern versprochen, dass ich über diese Liste inhaltlich nicht gesprochen wird und dabei bleibt es auch. Aber nichts desto trotz finde ich diesen Umgang mit den Mitarbeitern einfach skandalös und für mich sehr merkwürdig, dass das gerade von Ihnen kommt. Ich denke, wir müssen das trennen. Hier geht es um eine Frage und da hatten Sie mich ja auch angesprochen. Ich gebe Ihnen recht, ich habe mir nicht vorstellen können, dass Stralsund mit Greifswald in dieser Gesellschaft so umspringt.

Wenn ich mir das hätte vorstellen können, dann hätte ich vor 5 Jahren den Vertrag anders geschrieben, also für einen anderen Vertrag gestimmt als er dann beschlossen worden ist.

Lassen wir jetzt die Chance nehmen. Ich sehe, hier muss klare Linie gezogen werden. Ich unterstütze den Antrag der Verwaltung und kämpfe insofern, und das können Sie mir glauben, für den Erhalt des gemeinsamen Theaters Vorkommern. Und ich denke, wir werden das auch schaffen, wenn wir diesen Weg beschreiten. Danke!

Frau Socher:

Herr Dr. Bittner und Herr Dembski. Jetzt hab ich erst einmal Herrn Dr. Bittner, dann Herrn Dembski und dann Herrn Ratjen.

Herr Dr. Bittner:

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich möchte zum Theater doch noch mal was sagen. Es geht in diesem Falle, bei der Kündigung des Gesellschaftervertrages nicht um die Person Nekovar, das ist das eine. Und dann denke ich mir, sollten wir uns alle hier vergegenwärtigen, dass es uns um den Erhalt des Theaters geht und um die Zukunft dieses Theaters. Und das bitte ich doch, allen hier zugute zu halten. Alle, die hier geredet haben, denke ich, wollen den Erhalt des Theaters. Und es geht doch jetzt nur darum, den besten Weg zu finden für den Erhalt des Theaters. Und jetzt gibt es, im Hauptausschuss beschlossen, diese Vorlage, diesen Gesellschaftervertrag zu kündigen. Nun kann man sagen: im Hauptausschuss, das ist kein beschließender Ausschuss in dieser Frage, es ist eigentlich einer, der sozusagen die Tagesordnung der Bürgerschaft gestaltet. Und es ist ja wichtig, dass der das tut und das ist auch wichtig, dass wir heute hier darüber reden. Aber trotzdem, dass wir jetzt einfach so kündigen und dass, im Hauptausschuss war das nicht klar, das war wahrscheinlich überhaupt keinem klar, dass wir das jetzt kündigen, oh-

ne den Zeitdruck, das sehe ich als kritisch. Und ich denke, wir sollten uns einfach die Zeit nehmen, jetzt noch mal darüber zu debattieren. Und der Unterschied, Herr Ratjen, zwischen dem, darüber noch mal zu diskutieren und Ihrer Vorlage ist, dass Sie ja, Inkonsequenz Ihrer Vorlage, immer eine Kündigung vorsehen, wenn der Gesellschafter nicht bereit ist, das zu akzeptieren, dann wird der Vertrag gekündigt. So steht es in Ihrer Vorlage. Und das ist der Unterschied. Wenn wir noch mal diskutieren, dann ist zwar der Druck durch diese Veranstaltung heute hier aufgebaut, aber er ist nicht zwingend gegeben. Wir müssen nicht kündigen, wenn es keinen neuen Gesellschaftervertrag ...

Und das sehe ich eigentlich auch als eine Chance. Wir sollten offen debattieren und es sollte möglich sein, den Gesellschaftervertrag unter Umständen auch noch in anderen Punkten zu ändern, um auch Rügen oder Bergen entgegen zu kommen. Das möchte ich.

Eine andere Geschichte. Hier wurde öfters mal im Gesellschaftervertrag das Vetorecht angesprochen. Das Vetorecht stand uns auch zu. Es ist nicht ausgeübt worden. Es ist nicht ausgeübt worden. Hier wird aber gesagt, Bergen hätte es ausüben können.

Ich zitiere mal: „Das Vetorecht kann ausgeübt werden oder sonst ganz überwiegend die Belange eines Gesellschafters betroffen sind gegenüber denen die Interessen der Gesellschaft oder die der anderen Gesellschafter von untergeordneter Bedeutung sind.“

Ich sehe schon: Das ist juristisch eine Auslegungsfrage. Aber es wurde ja auch nicht versucht, ein Vetorecht oder irgendwie so etwas zu machen. Also jetzt den ... Es geht mir eigentlich nur darum, Bergen zu sagen, sie hätten ja ein Vetorecht. Aber es selber nicht wahrzunehmen, das ist natürlich ein bisschen kritisch und das sollte man eben auch unterfragen. Also mein Antrag nach wie vor: Wir sollten das noch mal in Ruhe in den Ausschüssen beraten.

Danke schön!

Frau Socher:

So dann geht es weiter mit ... mit Herrn Dembski. Entschuldigung, falsche Liste. Hab schon leicht Schwierigkeiten.

Herr Dembski:

Ja sehr geehrte Damen und Herren, mir geht es nicht in erster Linie um die Kündigung, sondern mir geht's darum, mit Stralsund und mit Rügen zu verhandeln. Und Stralsund und Rügen haben am 7. Mai ihren Kreistag bzw. Bürgerschaftssitzung. Ich kann ja nicht jetzt hier debattieren. Wir haben danach unsere Bürgerschaftssitzung ... beschließt die Kündigung und sag dann Rügen und Stralsund jetzt kündige ich mal irgendwie. Ihr habt noch 2 Wochen Zeit, zu verhandeln, macht mal ne Dringlichkeitssitzung. Ich meine, die Fairness gebietet es gerade, jetzt etwas auf den Weg zu bringen, damit Rügen und Stralsund die Möglichkeit haben, gerade bei sich am 7. Mai in den jeweiligen Sitzungen das zu diskutieren, weil die müssen ja auch darüber diskutieren, wie sie weiter damit umgehen müssen.

Zu der Frage: Hauptausschuss ist kein beschließender Beschluss! Das stimmt so nicht. Weil der Hauptausschuss ist in Theaterfragen der Gesellschaftsausschuss und ist für die Gesellschaft zuständig, das Gleiche, was es auch in Stralsund gibt als Extraausschuss.

Und zum Problem des Vetos: Das Veto haben wir juristisch geprüft. Das geht bei der Möglichkeit z. B. wenn gesagt worden wäre: Keine Sommerfestspiele mehr in Greifswald. Dann ist das eine Sache, die nur Greifswald betrifft. Für solche Fälle gibt es das Vetorecht. Insofern hätte Rügen immer noch das Vetorecht, wenn sie konkret betroffen sind. Wenn man z. B. den Spielplan einschränkt. Aber, das ist halt die Frage, darüber kann man politisch diskutieren. Soll so ein kleiner Gesellschafter genauso gestellt werden wie ein großer? Ich hab hier, ehr-

lich gesagt, das Problem, dass ich erst einmal für die Interessen von Greifswald einzutreten habe. Und ich höre, dass sich intensiv darüber der Kopf zerbrochen wird, wie man Rügen und wie man Stralsund, zwei Gesellschafter, die uns gnadenlos nach einer anders lautenden Vorabsprache, überstimmt haben, wie man deren Interessen jetzt hier irgendwie wahren könnte. Und ich sage Ihnen eins: Es ist auch nicht Stralsund. Es gibt in Stralsund viele, viele Bürgerschaftsmitglieder, viele Mitglieder des Aufsichtsrates, die zu uns kommen und sagen: Wir sollen hart bleiben! Die das genauso sehen und genauso unmöglich finden, dass ihre Aufsichtsratsmitglieder, die an der Sache dran sind, durch einen Beschluss der Bürgerschaft überstimmt worden sind. Die PDS-Linke in Stralsund hat sich über diese Frage teilweise zerlegt. Es gab da Rücktritte und es gibt da ne richtig aggressive Situation. Und ich kann Ihnen auch sagen, dass das PDS-Mitglied, das Stralsunder PDS-Mitglied im Aufsichtsrat zu mir gekommen ist und zu Frau Dr. Rothe gekommen ist und gesagt hat. Bleibt bitte hart! Die haben uns angefleht, bitte hart zu bleiben in dieser Frage, weil sie selber gesehen haben, wie die Situation ist. Also, deswegen kann man auch nicht sagen, auch wenn man die Leserbriefe, ich hab die berufsmäßig bekommen in letzter Zeit. Es gab sowohl von Herrn Neumann, dem Vater nen klaren Leserbrief in dieser Frage, dass es so nicht geht, so mit dem Personal umzugehen und es gab viele Leserbriefe, die auch gesagt haben. Natürlich kann man Greifswald verstehen und auch das Kommunalforum hat dafür plädiert, Greifswald ernst zu nehmen. Deswegen hab ich das Gefühl, wir zerbrechen uns hier nur die Köpfe anderer. Wir sollten uns lieber unseren eigenen Kopf zerbrechen. Wir geben viel Geld ins Theater und dafür haben wir auch einen Anspruch, mit den entsprechenden Einfluss dort zu haben.

Und mir geht es darum, gestaltend einzugehen und ich bin froh, muss ich auch sagen, dass das Herr Multhauf hier gesagt hat, von den Menschen, die aus dem Theater hier sind, so mal hier gehört worden ist, wie darüber gedacht wird und was für eine Atmosphäre hier verbreitet wird, so nach dem Motto: Das sind irgendwie alles Mitarbeiter, das ist ja auch schon gefallen das Wort : so in der Privatwirtschaft würde man sich so was nicht gefallen lassen. Und finde das unmöglich, wie auch mit unserem Theater umgegangen wird und es wird so getan, als wenn Nekovar das Vorpommersche Theater ist. Herr Nekovar ist nicht das Theater Vorpommern. Und wenn Erfolge gefeiert werden, dann ist das auch nicht der alleinige Verdienst von Herrn Nekovar, sondern, das ist, den Erfolg, den hat's auch früher schon gegeben. Unser Theater war früher auch schon gut. Das ist nicht erst mit Herrn Nekovar gut geworden.

Frau Socher:
Herr Ratjen!

Herr Ratjen:
Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,
Herr Multhauf, in einem gebe ich Ihnen recht: Es geht's ums Theater und da gibt's immer Theater.
Als Enkel eines langjährigen Theaterdirektors und Intendanten diverser Theater fand ich die Erzählungen meines Großvaters immer total spannend.
Es fällt mir ernsthaft schwer, hier so völlig einwandfrei gut und böse, schwarz und weiß voneinander zu unterscheiden. Das ist mit Sicherheit richtig, dass die Mitarbeiter des Theaters genauso Schuld haben am Erfolg des Theaters, aber man kann auch nicht sagen, dass Herr Nekovar völlig unschuldig ist an diesem Erfolg. Ich würde aber diese Debatte auch von dieser Frage völlig trennen. Ich glaube wirklich, dass unser Antrag jetzt erstmal nicht sofort gleich mit dem ganz großen Vorschlaghammer gen Stralsund zu ziehen, sondern zu sagen: Kommt, lasst uns noch mal verhandeln!
Aber wir machen auch nicht Ringelpietz mit Anfassen, sondern wir sagen schon

klar, wenn dat nicht klappt, dann müssen wir auch, ja, man muss auch ne klare Deadline setzen, dann ist das eindeutig und klar. Ich glaube, dass das ne Position ist, die vernünftig ist und wo wir auch wirklich was erreichen können, wo wir aber nicht gleich unseren beiden Partnern die Tür ins Gesicht knallen.

Im Übrigen werde ich jetzt etwas tun, was der alte Cato 30 Jahre lang im Römischen Senat gemacht hat. Ich hab nämlich ein kleines Problem, was immer noch nicht gelöst ist, was ich in Zukunft wie der alte Cato an jede meiner Wortmeldungen anbringen werde: ceterum zensior, im Übrigen möchte ich anmerken, dass das Problem der Linksabbiegerspur in der Bahnhofstraße immer noch nicht gelöst ist. Danke.

Frau Socher:

So, meine Damen und Herren, ich habe keine weiteren Wortmeldungen und wir kommen dann zur Abstimmung.

Herr Multhauf:

Also ich beantrage, ...

Frau Socher:

Moment!

Herr Multhauf:

Einen Antrag darf ich sicher noch stellen.

Ich beantrage auch angesichts dessen, Herr Hochschild, dass Sie offensichtlich das Protokoll der Hauptausschusssitzung nicht richtig gelesen haben. Dort taucht der Name Nekovar überhaupt nicht auf und der Auftrag des ...

Frau Socher:

Antrag, ich möchte jetzt den Antrag hören.

Herr Multhauf:

... und der Auftrag des Hauptausschusses war ein ganz anderer. Deswegen beauftrage ich und zwar, um Schaden von dieser Stadt und insbesondere von dem Dezernenten gnadenlos abzuwehren und ihn zu schützen, dass wir heute zu dieser Frage keine Entscheidung treffen, sondern, das heute nicht machen.

Frau Socher:

So, dieser Antrag liegt mir bereits vor.

So, meine Damen und Herren, bevor wir jetzt in die Abstimmung gehen, folgendes Prozedere. Zunächst erst einmal beschließen wir am Ende den Antrag der Grünen, d. h. Zurückverweisung in die Ausschüsse, weil es soll eine erste Lesung sein. Danach stimmen, wenn das ne, machen wir erst mal das. Also, ich muss ja erst mal sehen wie es ausgeht, Entschuldigung, also:

Wer dafür ist, dass wir das heute als erste Lesung betrachten und eine Entscheidung erst in der Maisitzung fassen, noch mal in Ruhe darüber nachdenken und in den Ausschüssen noch mal beraten können, den bitte ich jetzt um das Handzeichen,

wer dafür ist: 12 dafür

Wer ist dagegen? 18 dagegen

Wer enthält sich? und 1 Enthaltung.

Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Dann kommen wir zum Weiteren. Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag der FDP ab. Über den, ich hatte mich vorher im Präsidium geeinigt, dass wir zuerst über den Antrag der FDP abstimmen.

Hier steht Änderungsantrag. So, ich stimme also zuerst über den Änderungsantrag so wie von ... was? Dann ist es aber kein Änderungsantrag.

Normalerweise stimmen wir nach unserer Geschäftsordnung zuerst den Ände-

rungsantrag ... o.k., dann gehen wir in der Reihenfolge der eingegangenen Anträge vor und dann kommt zunächst der Antrag der Verwaltung.
Herr Aé gibt zu Protokoll, dass er an der Abstimmung nicht teilnimmt.
Wer also für den Antrag der Verwaltung stimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen!

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Kündigung des Gesellschaftsvertrages und Änderung:

- a) Der Gesellschaftsvertrag der Theater Vorpommern GmbH in der Fassung vom 28. Dezember 2005 wird fristgemäß nach § 28 Abs. 1 gekündigt.
- b) Den Gesellschaftern sowie der Gesellschafterversammlung der Theater Vorpommern GmbH wird mit einer Frist zum 31.5.2009 ein geänderter Gesellschaftsvertrag der Theater Vorpommern GmbH angeboten. Die Änderung lautet wie folgt:

§ 21 Abs. 4 neu: „Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung bedürfen der Einstimmigkeit zwischen den Gesellschaftern Universitäts- und Hansestadt Greifswald und Hansestadt Stralsund.“
- c) Für den Fall der Annahme durch die übrigen Gesellschafter hat die Gesellschafterversammlung sicherzustellen, dass eine unverzügliche Eintragung der Änderung des Gesellschaftervertrages ins Handelsregister erfolgt.

2. Der bevollmächtigte Gesellschaftervertreter der Universitäts- und Hansestadt Greifswald hat sich in der Gesellschafterversammlung der Theater Vorpommern GmbH dafür einzusetzen, dass der Dienstvertrag des Intendanten, Herr Professor Nekovar, nicht über den 31.7.2010 hinaus erneuert wird.

3. Sollte bis zum 31. Mai 2009 eine Verlängerung des Intendantenvertrages in der Gesellschafterversammlung beschlossen werden, hat der bevollmächtigte Gesellschaftervertreter der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die Änderung des Gesellschaftsvertrages nicht mehr zu verfolgen. Die Kündigung bleibt dann wirksam.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 10 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen

Somit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, wir treten in eine 5-minütige Pause

(Ende des Wortprotokolls)

Pause von 21:23 Uhr bis 21:32 Uhr

Die Leitung der Sitzung übernimmt der Präsident, Herr Liskow.

Herr Liskow schlägt in Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde und im Interesse der Anwesenden vor, die Tagesordnungspunkte 5.8 und 5.9 vorzuziehen.

Zu TOP: 5.8 Aufforderung an die Verwaltung, mit den freien Trägern von Kindertageseinrichtungen in Verhandlungen zum Abschluss von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen einzutreten
B577-41/09

Herr Spring bringt die Vorlage des Jugendhilfeausschusses ein und nimmt die Begründung vor.

Herr Hochschild erklärt, dass die CDU-Fraktion die Beschlussvorlage ausdrücklich begrüßt. Es sollen noch einmal mit allen Kindereinrichtungen Verhandlungen aufgenommen werden.

Auch Herr Ratjen bringt zum Ausdruck, dass die Gruppe der FDP das Anliegen der Beschlussvorlage unterstützt.

Außerdem bemerkt er, dass das Problem der Linksabbiegerspur in der Bahnhofstraße immer noch nicht gelöst sei.

Herr Ratjen erhält einen Ordnungsruf, weil er nicht zur Sache spricht.

Die SPD-Fraktion stimmt der Beschlussvorlage auch zu, erklärt Herr Aé. Sinn sieht er darin aber nur, wenn der Vorlage unter TOP 5.9 auch zugestimmt wird.

Herr Senator Dembski macht auf die Konsequenzen aufmerksam, wenn dem zugestimmt wird. Das bedeutet nämlich, dass den Freien Trägern eine Auflösung der jetzt bestehenden Verträge angeboten wird und neue Verhandlungen geführt und abgeschlossen werden müssen. Das bedeutet eine Steigerung der Kosten und am Ende werden die Elternbeiträge steigen.

Herr Hochschild macht deutlich, dass mit der vorgelegten Beschlussvorlage die Verwaltung lediglich aufgefordert wird, Verhandlungen aufzunehmen. Es werden keine Ergebnisse vorgegeben.

Da keine weiteren Wortmeldungen sind, lässt der Präsident über folgenden Beschlussantrag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, mit den freien Trägern von Kindertageseinrichtungen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, die eine Neuverhandlung wollen, unverzüglich die Verhandlungen zum Abschluss von Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen für das Jahr 2009 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.9 Festlegung zur Personalbedarfsermittlung für die Verhandlungen zum Abschluss von Leistungs-, Qualitätsentwicklungs- und Entgeltvereinbarungen mit Freien Trägern von Kindertageseinrichtungen für das Haushaltsjahr 2009
B578-41/09

Auch diese Vorlage bringt Herr Spring für den Jugendhilfeausschuss ein, die in dem Ausschuss sehr kontrovers diskutiert wurde.

Herr Spring wird persönlich der Vorlage nicht zustimmen.

Für die Verwaltung nimmt Herr Scheer, Leiter des Amtes für Jugend, Soziales und Familie, Stellung. Er bezeichnet die Vorlage als kritisch und würde dem Oberbürgermeister empfehlen, sie zu beanstanden, wenn sie beschlossen wird. Die Grundlage für die Verhandlungen mit den Freien Trägern bildet der § 16 des KiFöG. Herr Scheer zitiert aus diesem Gesetz.

Die ganze Problematik KiTa unterlag der Überprüfung des Landesrechnungshofes. Danach ist die ganze Personalbedarfsberechnung kritisch zu überprüfen.

Im Rahmen einiger Wortmeldungen für und gegen die Beschlussvorlage während der Diskussion erklärt Herr Senator Dembski, dass der Gruppenbetreuungsschlüssel von 1 Erzieherin : 18 Kindern die Gesetzeslage für das Land darstellt. Daraus leitet sich die Personalbedarfsberechnung ab.

Genauso wie der politische Raum nicht möchte, dass sich die Verwaltung einmischte, ist dieser Fall ein Geschäft der laufenden Verwaltung, in das sich die Bürgerschaft nicht einmischen sollte.

Herr Spring informiert das Gremium über eine Unterschriftenliste der Eltern. Wichtig ist, dass die Verhandlungen geführt werden müssen, wobei die Ergebnisse nicht vorweggenommen werden können. Herr Spring warnt die Eltern davor, dass, wenn an den Standards etwas verändert wird, die Elternbeiträge steigen werden, weil die Zuwendungen des Landes gedeckelt sind. Wenn die Kosten der Plätze steigen, werden die Eltern immer zu 50 % anteilig am Rest an den Kosten beteiligt. Deshalb sollte es im Interesse der Eltern sein, dass die Verhandlungen so geführt werden, dass ein auskömmlicher Elternbeitrag zustande kommt. Deshalb schiebt Herr Spring den zu Beginn an die Bürgerschaft geworfenen Ball ein Stückchen zurück an die Eltern.

Herr Kummerow macht deutlich, dass es nicht um eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels geht, sondern darum, dass die Regelungen der Jahre 2006, 2007 und 2008 auch 2009 zur Anwendung gebracht werden. Mit der neuen Formel soll der Personaleinsatz verändert werden, durch die Einbeziehung der Anwesenheit.

Da keine weiteren Wortmeldungen sind, lässt Herr Liskow über die vorgelegte Beschlussvorlage abstimmen.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt die Verwaltung, in den Verhandlungen mit Freien Trägern von Kindertageseinrichtungen zum Abschluss von Leistungs-, Qualitätsentwicklungs- und Entgeltvereinbarungen für das Haushaltsjahr 2009 die Formel für die Personalbedarfsermittlung zur Anwendung zu bringen, die seitens der Verwaltung bis zum Haushaltsjahr 2008 für die Ermittlung des notwendigen Personaleinsatzes genutzt wurde.

Abstimmungsergebnis: bei 11 Ja-Stimmen, 18 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen abgelehnt

Da aber zum Zeitpunkt der Abstimmung nur 30 Mitglieder der Bürgerschaft anwesend sind, fordert Herr Dr. Bittner die Wiederholung der Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: bei 11 Ja-Stimmen, 16 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen abgelehnt

Zu TOP: 5.4 Volksbefragung zur Kreisgebietsreform in Greifswald

Herr Ratjen bringt die Vorlage der Gruppe der FDP ein und begründet das Anlie-

gen. Dabei informiert er, dass die FDP-Fraktion im Landtag einen ähnlichen Antrag einbringen wird.

Es geht darum, dass am Tag der Bundestagswahl eine Volksbefragung initiiert werden soll. Herr Ratjen meint, dass diese Befragung am Tag der Bundestagswahl unproblematisch sei. Seine Fraktion im Landtag hätte das prüfen lassen.

Herr Ratjen bringt deshalb für die Gruppe der FDP folgenden Antrag ein:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald initiiert eine Volksbefragung am Tag der Bundestagswahl in Form einer Unterschriftensammlung unter den Greifswalder Bürgern zu folgenden Fragen:

1. Sollte Greifswald im Zuge der Kreisgebietsreform seine Kreisfreiheit verlieren?

Alternativ:

2. Soll Greifswald im Rahmen der Kreisgebietsreform mit dem Amt Landhagen zusammen einen Stadtkreis bilden?

Der Oberbürgermeister weist auf die Gefahr hin, dass möglicherweise die Wahl angefochten werden könnte und wiederholt werden müsste.

Herr Dr. Kerath äußert seinen Eindruck, dass mit dieser Vorlage Wahlkampf auf Kosten der Stadt zugunsten der FDP betrieben wird. Deshalb wird die SPD-Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen.

Im Rahmen der Diskussion schlägt Herr Dr. Kasbohm vor, die Frage so zu formulieren, dass der Bürger mit „Ja“ antworten kann.

Für die Rechtsabteilung ist es egal, ob die Befragung am Kommunal- oder Bundestagswahltag durchgeführt wird. Laut Bundes- und Landeswahlgesetz ist das kein Unterschied. Dieser Tag birgt die Gefahr, dass dann die Wahl angefochten werden kann. Es gibt auch Gerichtsurteile darüber.

Herr Multhauf schlägt vor, abzuwarten, bis der Landtag darüber entschieden hat.

Herr Hoebel versucht noch einmal, die Intension dieser Vorlage hervorzuheben, zieht aber dann doch für die Gruppe der FDP die Beschlussvorlage zurück.

Zu TOP: 5.5 Bestellung der Vertretung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in den Vorstand des Pommerschen Landesmuseums - Stiftung bürgerlichen Rechts

B579-41/09

Herr Multhauf berichtet, dass der zuständige Ausschuss darüber beraten hat und der Ausschuss beantragt, dass die Stellvertretung durch einen Vertreter aus den Reihen der Bürgerschaft erfolgen soll, durch Herrn Peter Kroll.

Der Präsident lässt darüber abstimmen, dass der Stellvertreter für Herrn Dembski im Vorstand der Stiftung Pommersches Landesmuseum Herr Peter Kroll sein soll.

Abstimmungsergebnis: bei 3 Ja-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Danach lässt der Präsident über folgenden Beschlussantrag abstimmen:

Die Bürgerschaft bestellt nachstehende Vertreter in den Vorstand der Stiftung Pommersches Landesmuseum:

Vertreter: Herrn Ulf Dembski
 Senator für Jugend, Soziales, Bildung, Kultur und
 öffentliche Ordnung

Stellvertreter: Frau Sabine Jüngling

Abstimmungsergebnis: bei 1 Gegenstimme und 3 Stimmenthaltungen
 mehrheitlich beschlossen

Zu TOP: 5.6 Verwaltungsvereinbarung zum Konjunkturpaket II
B580-41/09

Der Oberbürgermeister verweist auf die ausgereichte Beschlussvorlage, in der alle Landräte und Oberbürgermeister, der Ministerpräsident und zwei Minister die Verwaltungsvereinbarung unterschrieben haben.

Der Oberbürgermeister bittet die Mitglieder der Bürgerschaft um Zustimmung.

Die Bürgerschaft bestätigt die Entscheidung des Oberbürgermeisters über den Beitritt zur Verwaltungsvereinbarung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (VV-MV) zur Durchführung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder (ZulnvG).

Abstimmungsergebnis: bei 1 Stimmenthaltung mehrheitlich bestätigt

Zu TOP: 5.7 Konjunkturpaket I und II
B581-41/09

Herr Hochheim bringt die Vorlage ein und erläutert die Beschlussvorlage zu den Konjunkturpaketen. Im Rahmen der Einbringung beantwortet er die im Vorfeld von Herrn Aé eingereichten Fragen.

Er informiert über den Runderlass des Innenministeriums zur Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung zum Konjunkturpaket II. Insbesondere muss die Beteiligung freier Träger an den Mitteln des Konjunkturpaketes für die Bildungsinfrastruktur nochmals überdacht und abgewogen werden. Aus Sicht der Verwaltung schlägt er vor, die Verteilung der Mittel im Verhältnis der Schüler bei freien Trägern und bei öffentlichen Schulen vorzunehmen.

Die Mittel könnten wie folgt berechnet werden.

Für Investitionen mit dem Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur stehen in Greifswald insgesamt 4.461.742,60 EUR zur Verfügung. Für den Bereich der Schulinfrastruktur sind hierin zu 65 % die Schüler nach Schulstatistik 2008/2009 berücksichtigt. Das entspricht einer Summe in Höhe von 2.900.132,69 EUR. Die anderen 35 % (das sind 1.561.609,91 EUR) entfallen auf die zum 31.12.2007 nach Einwohnerstatistik ermittelten Kinder unter acht Jahren und sind damit für Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur vorgesehen.

Sachgerecht wäre es, wenn die Bürgerschaft mit Blick auf die Förderung freier Träger im Rahmen ihrer Abwägung von einer schülerbezogenen Pro-Kopf-Verteilung der Mittel ausgehen würde. Aus einer Aufstellung des Schulverwaltungs- und Sportamtes ergibt sich, dass im Schuljahr 2008/09 6.934 Schüler und

Berufsschüler (das sind 89,66 %) in kommunalen Schulen und 800 Schüler und Berufsschüler (das sind 10,34 %) in Schulen freier Träger unterrichtet werden.

Bei einer linearen Verteilung der in Rede stehenden Fördersumme würde sich demnach für den Bereich der freien Träger rechnerisch eine Summe in Höhe von 299.873,72 EUR (10,34 % von 2.900.132,69 EUR) ergeben.

Gegenwärtig liegen zwei Anträge von freien Trägern vor, die nach Einschätzung der Verwaltung dem Grunde nach förderfähig sind. Dies sind zum Einen ein Antrag der Johanna-Odebrecht-Stiftung für die Martinschule und zum Anderen ein Antrag der Berufsfachschule Greifswald GmbH gemeinnützig für die den Gebäudekomplex in dem der Sprachheilkindergarten mit Hort, die Grundsschule, das Ostseegymnasium und 5 berufsbildende Ersatzschulen untergebracht sind. Detaillierte Unterlagen zu den beabsichtigten Bauarbeiten und eine Berechnung der Energieeinsparung liegen derzeit nur für die Martinschule vor. Die Anträge wurden allen Bürgerschaftsmitgliedern per E-Mail zur Kenntnis gegeben. Herr Hochheim weist außerdem darauf hin, dass der Entscheidung ein sachgerechter Abwägungsprozess vorauszugehen hat und, dass die der Entscheidung zu Grunde liegende Abwägung entsprechend zu protokollieren ist.

Im Rahmen der Diskussion erläutert Herr Arenskrieger die neue veränderte Anlage „Kommunale Investitionen für die Umsetzung des Konjunkturpaketes I“ Die Zahlen haben sich in der Woche vor der Sitzung der Bürgerschaft noch einmal geändert.

Kommunale Investitionen für die Umsetzung des Konjunkturpaketes I in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

alle Werte in EUR	Gesamtkosten der Maßnahme	Eigenanteil der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (ma- ximal)	Eigenanteil der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (mi- nimal)
Konjunkturpaket I - Antragstellung beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus GA Förderung			
Beteiligungsquoten		40%	10%
Gewerbegebiet Herrenhufen - Baufeldfreimachung	3.887.550	1.555.020	388.755
Ausbau Herrenhufenstr.	667.140	266.856	66.714
Kreisverkehr Stralsunder Str./ Ladebower Chaussee	155.000	62.000	15.500
Eisenbahnbrücke Ryckgraben / Ersatz	465.000	186.000	46.500
Konjunkturpaket I - Antragstellung beim Innenministerium Kofinanzierungsfonds + GA Förderung			
Beteiligungsquoten		40%	0%
Neubau Erschließungsstraße W.-Holtz-Straße	3.488.190	1.395.276	0
Summen KP I	8.662.880	3.465.152	517.469

Herr Hochschild erläutert den Standpunkt der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage. Die Fraktion empfiehlt der Bürgerschaft der Variante den Vorzug zu geben, dass die Sanierung der Greifschule im Fordergrund stehen soll und in das Konjunkturpaket II einzustellen ist. Dann ist genug Zeit zu überlegen, wie die freien Mittel aus dem Haushaltsplan eingesetzt werden können, ohne Schwerin zu befragen.

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Dr. Kerath, dass die Eisenbahnbrücke keine Zustimmung durch seine Fraktion bekommt. Die Liste des Konjunkturpaketes II wird mitgetragen, mit der Ausnahme, die Martin-Schule zu fördern. Als Kürzung wird dafür vorgeschlagen, die Position Tiefkeller um 300 T€ zu kürzen.

Herr Dr. Döring schlägt im Rahmen der Diskussion vor, die Abstimmung zu trennen: heute über Konjunkturpaket I abstimmen und über Konjunkturpaket II noch einmal nachzudenken. Er schlägt vor, bis zum 11.05.2009 noch einmal eine Sondersitzung der Bürgerschaft durchzuführen.

Im Rahmen der Diskussion bekennt sich Frau Socher dazu, für die Freien Träger 300 T€ zur Verfügung zu stellen. Woher dieses Geld kommen soll, dazu hat sie noch keine Idee.

Herr Liskow bittet alle Mitglieder der Bürgerschaft, die ganzen Anträge so zu formulieren, dass sie dann auch noch abstimmungsfähig sind.

Herr Arenskrieger schlägt vor, die Mittel für die Greifschule aus dem Konjunkturpaket II zu beantragen. Für den Fall, dass nach Abstimmung mit dem Innenministerium sich herausstellen sollte, dass die dadurch freiwerdenden Mittel nicht für diese und andere Maßnahmen eingesetzt werden können, verbleibt es bei dem Antrag der Verwaltung, der sozusagen hilfswise gestellt werden würde. Die Fragen können heute nicht bis zum Schluss geklärt werden.

Herr Dr. Kühne bringt zum Ausdruck, dass die Freien Träger die kommunalen Zielstellungen unterstützen. Er beantragt, die Verwaltung zu beauftragen, aus den Mitteln der Konjunkturpakete I und II angemessene Beträge für die Arbeit der städtischen Freien Träger zur Verfügung zu stellen. Er übergibt seinen Antrag dem Präsidium.

Der Oberbürgermeister bittet die Bürgerschaft die Konjunkturpakete nicht zu verweisen, weil es Abgabefristen beim Innenministerium gibt:

für das Konjunkturpaket I 31.03.2009 und

für das Konjunkturpaket II 11.05.2009.

Entsprechend Geschäftsordnung beantragt Herr Dr. Bittner, die Konjunkturpakete I und II nach Abschluss der Rednerliste getrennt zur Abstimmung zu stellen.

Frau Heinrich fordert alle auf, sich zu gegenwärtigen, dass über viel Geld gesprochen wird und, dass damit vorsichtig umzugehen ist.

Frau Heinrich weiß nicht, ob sie nun über 10 oder 40 Prozent entscheiden soll.

Herr Dr. Steffens stellt den Antrag nach Geschäftsordnung auf Schluss der Rednerliste.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen bei 4 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen

Herr Dr. Steffens äußert, dass er und vielleicht auch andere nicht mehr wissen, worüber abgestimmt werden könnte. Für ihn gibt es nur eine Alternative, einen Vorratsbeschluss hinsichtlich der Greifschule zu fassen, in der Hoffnung, dass das Innenministerium den Runderlass noch einmal ändert.

Auch Herr Hoebel unterstützt den Vorschlag, über das Konjunkturpaket I abzustimmen, weil der 31.03.2009 Abgabetermin ist.

Auf die Frage von Herrn Kuessner zur Sanierung der Greifschule antwortet Herr Arenskrieger, dass die Mittel unabhängig von den Eigenmitteln zu sehen sind. Die Greifschule ist im Haushalt eingestellt und der Haushalt ist genehmigt. Da gibt es keine Verschiebungen.

Herr Multhaus hält das Konjunkturpaket I für „abenteuerlich“ und zeigt sich verwundert über die Steigerungen von 1,9 auf 3,8 Mio. €.

Daraufhin erläutert Herr Arenskrieger, dass es für die ursprüngliche Vorlage erste Kostenschätzungen gab. Dann wurde versucht, diese Zahlen zu verifizieren, in dem Fachunternehmen beauftragt wurden.

Die Greifschule wird ohne jeden Zweifel finanziert. Das ist durch den Haushalt gesichert.

Herr Dr. Kerath beantragt für seine Fraktion um eine Auszeit von 5 Minuten, um die weitere Vorgehensweise zu besprechen.

Herr Liskow fasst zusammen und erläutert, dass er zuerst über die Änderungsanträge zum Konjunkturpaket I und danach über das Konjunkturpaket I abstimmen lässt. Danach wird er das Konjunkturpaket II aufrufen.

Auszeit von 23:05 Uhr bis 23:12 Uhr

Der Präsident schlägt vor, zunächst über das Konjunkturpaket I (Anlage 1) und danach die Vorlage mit den Punkten 1. und 2. abzustimmen. Am 20.04.2009 wird eine Sondersitzung zum Konjunkturpaket II (Anlage 2) durchgeführt. Bis dahin können entsprechende Abstimmungen erfolgen.

Herr Hochschild findet den Vorschlag gut. Dann sollte aber heute die Sitzung unterbrochen werden und die restlichen Punkte der Tagesordnung mitbehandelt werden.

Herr Dr. Döring gibt zu bedenken, dass da gerade die Ausschusswoche ist und schlägt den 27. April als Fortsetzungstermin vor.

Herr Liskow lässt darüber abstimmen, die Sitzung jetzt zu unterbrechen und am 27. April 2009 fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen beschlossen

Herr Liskow lässt jetzt darüber abstimmen, wie von Herrn Dr. Kerath beantragt, aus dem Konjunkturpaket I die Eisenbahnbrücke herauszunehmen.

Abstimmungsergebnis: bei 13 Ja-Stimmen, 14 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt

Herr Liskow stellt fest, dass zum Zeitpunkt der Abstimmung 28 Mitglieder der Bürgerschaft anwesend sind.

Der Präsident lässt über die von Herrn Arenskrieger eingereichte Tabelle zum Konjunkturpaket I (Anlage 1) abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 18 Ja-Stimmen, 5 Gegenstimmen
und 5 Stimmenthaltungen beschlossen

Danach lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

1. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister die in der Anlage aufgeführten Maßnahmen für das jeweils genannte Förderprogramm fristgemäß anzumelden, bzw. zu beantragen.
2. Die notwendigen kommunalen Eigenmittel werden folgendermaßen bereitgestellt:
Die im Haushaltsjahr 2008 geplante Zuführung des Vermögenshaushaltes aus Vermögensveräußerungserlösen in Höhe von 1.800.000 EUR an den Verwaltungshaushalt zum Zwecke der Defizitreduzierung wird mit dem Jahresabschluss 2008 nicht vollzogen. Stattdessen wird der unter dieser Voraussetzung im Ergebnis der Jahresrechnung im Vermögenshaushalt verbleibende Überschuss von 1.727.979 EUR der allgemeinen Rücklage zugeführt, um in den Haushaltsjahren 2009 bis 2011 die notwendigen, ggf. zusätzlichen Eigenanteile oder Vorbereitungen für die Inanspruchnahme der Förderung aus den Konjunkturpaketen I und II erbringen zu können.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen
und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Oberbürgermeister informiert über den Stadtempfang, der am 14.05.2009 durchgeführt wird.

Etwa 40 Anträge auf Auszeichnung sind eingegangen.

Die Verwaltung beabsichtigt, in diesem Jahr keine Rubenow-Medaille zu verleihen. Dafür sollen einmalig 6 Goldene Greifen aus Anlass des 20 Jahrestages der friedlichen Revolution in Deutschland verliehen werden. Der Stadtempfang soll dann als Auftakt für weitere Veranstaltungen dienen.

Den Goldenen Greifen sollen Herr Dr. Glöckner, Herr Kuessner, Herr Dr. Poldrack, Herr Dr. Drenckhan, Herr Dr. Meyer und Herr Tilo Braune erhalten.

Zu TOP: 10 Unterbrechung der Sitzung um 23:20 Uhr

Fortsetzung der 41. Sitzung vom 31.03.2009 am 27.04.2009 um 18:00 Uhr

für das Protokoll

Egbert Liskow
Präsident

Schult
Sachbearbeiterin